

entgehenden Erwerb, täglich 4 fl.; 2) für Krankenbesuche: für einen halben Tag 1 fl. 30 fr., für einen Tag 3 fl.; 3) für Reisekosten: für einen halben Tag 2 fl., für einen Tag 3 fl. 30 fr.

§. 13. Einem Wundarzte gebühren: 1) für die vorübergehende Veränderung seines Wohnsitzes täglich 2 fl.; 2) für Krankenbesuche: bei 1—10 Kranken täglich 1 fl., bei 11—20 1 fl. 36 fr., bei noch mehreren 2 fl.

§. 14. Die Belohnung des mit der Verwaltung des Notharzneimittelvorraths beauftragten Arztes oder Wundarztes wird von der Ortscommission nach den Verhältnissen des einzelnen Falles bemessen.

§. 15. Im Uebrigen gelten hinsichtlich der Anrechnungen die bestehenden Tarvorschriften, nur werden für Krankenbesuche der in ihrem seitherigen Wohnsitz bleibenden Ärzte bei weniger als 15 Kranken 2 fl., bei mehr als 15 Kranken 4 fl. passirt.

§. 16. Zeigt sich die Cholera in der nächsten Nähe eines Bezirks, so wird die Bezirkscommission sogleich diejenigen Vorkehrungen einleiten, welche wie z. B. die Vorschriften der §§. 4 und 7, zu ihrer Ausführung einige Zeit fordern.

\* **Berlin**, 9. September. Ueber den jetzigen Stand des Waldeck'schen Prozesses sagt die „Nat. Zeitg.“: Was wird aus Waldeck werden? Das ist eine Frage, die man seit einiger Zeit fast in allen Kreisen der Gesellschaft hört. Sein Prozeß soll seit mehreren Wochen in der Voruntersuchung beendet sein, und noch immer vernimmt man nichts von einer Anklage und von den Details, des ihm zur Last gelegten Verbrechens. Die Organe fast aller Parteien haben, je nach ihren verschiedenen Richtungen, diesen Prozeß bereits besprochen und sind sich hierbei in Vermuthungen über die dem Prozesse zum Grunde liegenden Anklagepunkte ergangen. So scheinbar gut unterrichtet in dieser Beziehung auch einige Zeitungen aufgetreten sind, so können wir dennoch versichern, daß der eigentliche Inhalt der gegen Waldeck verhandelten Akten außer den bei der Untersuchung thätig gewesenen Beamten Niemanden bekannt ist, da die Sache von Anfang an außerordentlich geheim gehalten und es den Beamten dabei zur ganz besonderen Pflicht gemacht worden ist, das Amtsgeheimniß zu wahren. Aus den Mittheilungen mehrerer Zeugen, die in der Sache vernommen sind, muß man indeß annehmen, daß das zur Untersuchung gestellte Verbrechen Hochverrath ist, d. h. also nach dem gesetzlichen Begriffe ein Unternehmen, welches auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung des Staats oder gegen das Leben seines Oberhauptes abzielt. Man ist auf die Vermuthung hauptsächlich dadurch gekommen, weil das Gericht bemüht gewesen ist, dem Leben Waldeck's in politischer Beziehung nachzuforschen, woraus man wahrscheinlich seinen politischen Charakter deduciren und ihm eine Geneigtheit zu dem in Rede stehenden Verbrechen beweisen will.

Daß die Rathskammer des hiesigen Kriminalgerichtes die Verurtheilung in den Anklagestand beschlossen hat, ist bereits bekannt; ebenso, daß sich die Akten gegenwärtig beim Anklagesenat des Appellationsgerichts zur Prüfung der Sache befinden sollen. Man hat ferner davon gesprochen, daß die Sache deshalb eine abermalige Verzögerung erlitten haben solle, weil kürzlich noch neue Thatsachen ermittelt sein sollen und hat rücksichtlich dieser der in Dresden und Baden wegen der jüngsten Aufstände eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung Erwähnung gethan. Wir bemerken in dieser Beziehung noch, daß allerdings die Regierung eine große Thätigkeit nach außen hin entwickelt hat, um die Fäden von revolutionären Bestrebungen in Deutschland kennen zu lernen. Wie früher nach Dresden hiesige Polizeibeamte geschickt worden sind, um den Verhörten der dortigen politischen Gefangenen beizuwohnen, so befinden sich in diesem Augenblicke noch mehrere hiesige Polizeikommissarien in Baden, offenbar zu demselben Zwecke. Hieraus mag man vielleicht Kombinationen gemacht haben, welche den obigen Andeutungen entsprechen.

Ob der Anklage-Senat des Appellationsgerichts schon jetzt einen definitiven Beschluß in der Sache fassen, oder noch eine Dervollständigung der Voruntersuchung anordnen wird, darüber soll noch nichts Definitives entschieden sein. Jedenfalls steht ein Beschluß über das fernere Schicksal Waldeck's in den nächsten Tagen zu erwarten.

**Berlin**, 9. Sept. In der morgigen Sitzung der ersten Kammer wird außer unwesentlichen Dingen die Fortsetzung der Debatte über die Verfassungsurkunde erfolgen. Demnächst wird der Bericht der Commission zur Erwägung der vorläufigen Verordnung vom 18. Dezember über die bauerliche Erbsfolge in Westphalen zur Verathung kommen. Diese Verordnung hat, wie wir schon mittheilten, den Zweck, die Erbsfolge nach gemeinen Recht, an die Stelle des singulären, Ausnahme statuierenden Bauernrechts zu setzen. — In den Privat-Conferenzen der Abgeordneten ist viel von einem Antrage die Rede, der auf die Reichstags-Angelegenheit leicht einen bedeutenden Einfluß gewinnen möchte. Einige Mitglieder der zweiten Kammer wünschten, daß die letztere

der Regierung gegenüber in Form eines Beschlusses die Meinung ausspreche, wie es zum Wohle des Vaterlandes und zur Befestigung der Freiheit und Ordnung im Innern rathlich erscheine, einen deutschen Reichstag nicht früher zusammentreten zu lassen, als bis die Revision der preussischen Verfassung vollendet und verfassungsmäßig sanctionirt sei. Die Ultra's sind durch diese kürzlich in Anregung gebrachte Angelegenheit in die eigenthümliche Verlegenheit gesetzt, entweder gegen ihre Wünsche die Verfassungsrevision beschleunigen zu helfen, oder einer ihnen sonst sehr erwünschten Verzögerung der Zusammenberufung des Reichstages entgegen sein zu müssen. Im Ganzen findet die Sache wenig Anklang und dürfte daher auch schwerlich bis zur Plenarverhandlung vorschreiten.

**Frankfurt**, 8. Sept. Die „D. P. Z.“ enthält nachstehende amtliche Bekanntmachung: „Mit der Rückkehr Sr. Kaiserl. Hoheit des Grn. Erzherzog-Reichsverweser von Gastein nach Frankfurt, welche am 3. d. M. erfolgt ist, übernimmt der Reichsminister der Marine, Herr General-Lieutenant Jochmus, wieder die mir unter dem 30. Juni für die Dauer seiner Abwesenheit übertragene Leitung der Geschäfte des Marineministeriums. Indem ich das Reichsministerium der Marine und die von demselben ressortirenden Behörden hiervon in Kenntniß setze, spreche ich denselben meinen Dank für das Vertrauen aus, durch welches sie mir während der Dauer dieser Vertretung die Amtsführung erleichtert haben.“

Frankfurt a. M., 5. September 1849.

Der Reichsminister der Finanzen.

Merk.

\* **Frankfurt**, 10. Sept. Ueber die Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich in Töplitz enthält die heutige „D. P. Z.“ folgende Mittheilung aus Berlin:

Die Zusammenkunft unseres Königs mit dem Kaiser von Oesterreich in Töplitz macht hier großes Aufsehen und gibt dieselbe zu den verschiedenartigsten Vermuthungen und politischen Berechnungen Anlaß. Wir erfahren aus der besten Quelle darüber Folgendes: Am sächsischen Hoflager ward bei Anwesenheit unseres Königs und unserer Königin der Beschluß gefaßt, das Namensfest der Königin von Sachsen in Töplitz zu feiern und den Neffen unserer Königin und der Königin von Sachsen, den Kaiser von Oesterreich, zu diesem Familienfest auch einzuladen. Nach Zusage von Seite des Kaisers von Oesterreich stellte unser König in einem Schreiben unserm Staatsministerium anheim, einen Minister zur Begleitung seiner nach Töplitz zu bestimmen. Das Staatsministerium hielt es indessen für angemessen, dies zu unterlassen, um dem Familienfeste keine staatliche Bedeutung dadurch beizulegen. Jedenfalls ist dieses Familienfest in so fern von Wichtigkeit, als es deutlich kundgibt, daß eine Spannung zwischen dem österreichischen und preussischen Hofe nicht vorhanden ist. Alle Meinungsverschiedenheiten, welche noch obwalten, dürften auf friedlichem Wege ausgeglichen werden, darauf scheint das Familienfest allerdings hinzudeuten, wenn auch die nächste Veranlassung dazu nicht auf dem Gebiete der Politik liegt. Die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens werden in der freundlichen Zusammenkunft unseres Königs mit dem Kaiser von Oesterreich einen bedeutenden Stützpunkt finden.

**Darmstadt**, 5. September. So wäre denn das neue Wahlgesetz endlich erschienen. Jeder in Ausübung seiner Staatsbürgerrechte befindliche Mann, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, wenn er nicht Insaße einer öffentlichen Unterstützungsanstalt ist oder in den letzten 12 Monaten als Bettler oder Landstreicher rechtskräftig verurtheilt wurde, ist Wähler zur zweiten Kammer; also auch die von den Gemeinden ac. unterstützten Armen sind es. Diese Wähler wählen 50 Abgeordnete, die Bezirke Darmstadt und Mainz jeder zwei, die übrigen 46 Bezirke jeder einen. Es kommen so auf Starkenburg 19, auf Oberhessen 18, auf Rheinhessen 13 Abgeordnete. Für die Wahlen zur ersten Kammer sind 25 Bezirke gebildet, in deren jedem die 1000 Höchstbesteuerten einen Abgeordneten wählen. Die Wahlbezirke Darmstadt und Mainz sind für die erste und zweite Kammer dieselben; von den andern 46 Bezirken werden je zwei zu einem für die erste Kammer vereinigt. Wählbar in beide Kammern ohne Unterschied ist jeder 30 Jahre alte Hesse, welcher in Ausübung seiner Staatsbürgerrechte nicht gesetzlich gehindert ist, nicht als Dieb, Betrüger, Unterschläger, Fälscher oder Meineidiger, oder wegen anderer Vergehen oder Verbrechen zu Dienstentsetzung oder Korrektionshaus auf ein Jahr oder länger rechtskräftig verurtheilt wurde. Die Wahlen geschehen in geheimer Abstimmung durch geschriebene Stimmzettel in jeder Gemeinde an einem und demselben Tage im ganzen Wahlbezirke und so weit möglich in allen Bezirken zugleich. Ihre Stimme ist auf 6 Jahre, doch kann man zu jeder Zeit ablehnen oder austreten. Beamte, welche gewählt wurden, bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammern. Die Wahlcommission im Hauptwahlorte